

Oesterreich-Ungarn.

Die Ministerkrisen in Oesterreich und in Ungarn.

Wien, 12. Okt. (Telegr.) Telegr.-Union. Heute werden, laut Fremdenblatt, vom Kaiser 30 Abgeordnete in Audienz empfangen, zuerst die vier Vertreter der Deutschnationalen, ein tschechischer Sozialdemokrat und ein Pole. Es handelt sich um die Bildung eines Völkerminderjums, in dem sämtliche nationalen und politischen Parteien vertreten sein sollen. Die Tschechen haben bereits erklärt, daß sie nicht teilnehmen werden, dagegen gilt der Eintritt der Sozialdemokraten als sicher. Dr. Renner wird auf alle Fälle Minister werden. Eine hohe Persönlichkeit sagt in der Neuen Freien Presse, daß die Ministerkrisen in Ungarn als verschoben zu betrachten sei; jedenfalls werde der neue Kabinettschef in Ungarn eine Überraschung bedeuten. Ein Ministerium Tisza sei unter allen Umständen ausgeschlossen.

Wien, 12. Okt. (Telegr.) In der innern Lage ist noch keine Klärung eingetreten. Hussarek stellte eine Demissionsabsicht in Abrede; Lammash erklärte, mit der Bildung eines Kabinetts weder beauftragt zu sein, noch eine solche übernehmen zu wollen. Er gilt gegenwärtig nur als etwaiger Teilnehmer an der Friedenskonferenz. Der Ackerbauminister Sylva Tarouca, der ebenfalls mehrfach vom Kaiser empfangen wurde, kann als Kabinettschef wegen seiner scharf ausgeprägten feudalen und tschechophilen Gesinnung nicht in Frage kommen. Vor den morgen beginnenden Audienzen der 23 Parteiführer, von denen es heute heißt, daß der Kaiser nur ihre Meinungen über die Lage hören wolle, wird keine Klarheit zu erlangen sein. Abtrünnig lehnen die Tschechen und die Südslawen schon jetzt jede Teilnahme an einem etwa beabsichtigten Konzentrationsskabinett ab. Kramarich bezeichnete in einer Rede zu Jungbunzlau die tschechische Frage als eine europäische; der künftige tschecho-slowakische Staat werde demokratisch sein und dafür sorgen, daß nicht diejenigen die Steuerträger seien, die die Steuer nicht ertragen könnten. Sein wirtschaftliches Programm sei nicht so leicht aufzustellen; mit den deutschen Nachbarn werde er in Hinsicht auf die Ausfuhr in Kampf kommen. Im übrigen könnten die Tschechen ihrer wirtschaftlichen Zukunft ruhig entgegensehen, da infolge des Krieges die Frage der Entschuldung der tschechischen Landwirtschaft gelöst worden sei. Die soziale Politik müsse sozial und keineswegs sozialistisch sein. Im Gegensatz zu der letztern Ansicht verkündete der tschecho-sozialdemokratische Kreistag zu Kolín, die ukrainische parlamentarische Gesamtvertretung protestiere gegen die Vergewaltigung des ukrainischen Selbstbestimmungsrechts durch den Aufruf des Warschauer Regenschaftrats und habe die Gründung eines ukrainischen Nationalrats in Lemberg als konstituierende Nationalversammlung beschlossen.

WTB Budapest, 12. Okt. (Telegr.) Ministerpräsident Bekerele führte heute in der Konferenz der 48er Verfassungsparlei aus:

In Beantwortung der Wilsonnote müssen wir mit Deutschland gemeinsam vorgehen, wie überhaupt die Friedensbedingungen für alle Eventualitäten im Einvernehmen mit Deutschland ausgearbeitet werden müssen. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Unarn bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sei.

Oesterreich gegenüber stehe man bereits vor vollendeten Tatsachen. In den slawischen Fragen sei der ungarische Standpunkt der gewesen, daß Ungarn nichts gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien habe, welche ja auf ungarischen Gesetzen beruhe. Bosnien und die Herzegowina aber möchten sich selbst entschließen, ob sie Kroatien oder Ungarn angehören wollten. Was die Ansprüche der Tschechen auf die slowakischen Komitate betreffe, so hätten die breiten Volksschichten dieser Komitate ohne jede behördliche Ingerenz sich gegen die Angliederung an Böhmen verwahrt. Eine schwerwiegende Sache sei es, daß man in Oesterreich vollständig zum Föderalismus übergegangen sei. Der österreichische Staatsgewalt scheine leider keine Kraft innewohnen, den tschechischen Bestrebungen zum Ausweichen auf vollständig föderalistischer Grundlage die Wege zu verlegen. Von strafrechtlicher Verfolgung gegen die Integrität Ungarns gerichteter Handlungen, welche die österreichische Regierung einmal versprochen habe, sei heute gar keine Rede. Der Ministerpräsident sagte angesichts der Ereignisse in Oesterreich die naturgemäß aufstrebenden Bestrebungen in Ungarn, welche gewöhnlich unter dem Sammelnamen Personalunion zusammengefaßt werden, präzisier dahin zusammen, daß es sich um die wirksame Geltendmachung der eignen, politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsinteressen der ungarischen Nation handle. (Lebhafte Zustimmung.) Hierbei dürfe man aber nicht mit Schlagworten hokern, sondern müsse ernsthafte und beharrliche Arbeit leisten. Angesichts der Gefährdung der staatlichen Integrität erscheine es notwendig, wenigstens bis zum Friedensschluß mit gemeinsamer Kraft unter Ausschaltung aller persönlichen Gegensätze aufzutreten. Leider sei die öffentliche Meinung nicht zur Gemüthe hiervon durchdrungen. Der Ministerpräsident habe seinen politischen Freunden und Vorberführern ebenso wie der Krone erklärt, daß er bereit sei, falls keine Perfor auch nur im geringsten Maße der Konzentration hinderlich sein sollte, zurückzutreten, und die Krone erfuhr, Verfuhr mit andern Staatsmännern zu unternehmen, von welchen Baron Julius Blaffics bereits in Audienz erschienen sei. Der Ministerpräsident betonte schließlich, daß die Nation ihren politischen Traditionen gemäß die Bande mit der Krone nicht nur nicht lockern dürfe, sondern noch fester schmieden müsse.

Ein lebhafter Ideenaustausch folgte den beifällig aufgenommenen Worten des Ministerpräsidenten, wobei allgemein der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß Bekerele in der Lage sein werde, als Regierungschef auch weiterhin an der Verwirklichung dieses Programms zu arbeiten.